



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/103 - 5.5.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Adenauer-Regierung verlor an Boden	S. 1
Deutsche Textilarbeiterinnen in England	S. 3
KP-Betrug zerplatzt	S. 5
Zur Bonner Vertriebenen-Demonstration	S. 6
Wieder "Deutschland über alles"	S. 8

Niederlage für Bonn

(sp) Die Bonner Koalition dürfte im Ausgang der hessischen Gemeindewahlen und der Bundestagsnachwahlen in den Kreisen Neumünster-Segeberg und Büdingen-Friedberg einen besonderen Grund zum Mißvergnügen erblicken. Zusammengenommen verloren die Koalitionsparteien hunderttausende von Stimmen. Weisen auch die Wahlen unterschiedliche Ergebnisse auf, so ist doch ihr hervorstechendstes Merkmal ein stetiger Anstieg der sozialdemokratischen Wählerstimmen, besonders auffällig in den hessischen Groß- und Mittelstädten, wo nur Offenbach eine Ausnahme bildet.

Die Niederlage der Regierungsparteien wird besonders ersichtlich durch das Wahlergebnis der Bundestagsneuwahl im Kreise Büdingen-Friedberg. Die Aussichten waren für den sozialdemokratischen Kandidaten von vornherein nicht günstig. Der bürgerliche Sammelkandidat, von der FDP gestellt, von CDU und DP unterstützt, unterlag jedoch mit 20000 Stimmen. Die SPD-Stimmen haben gegenüber der Landtagswahl um 39 und im Vergleich zur Bundestagswahl um 69 Prozent zugenommen. Auf den Sozialdemokraten entfielen 62000 Stimmen, rund 25000 mehr als 1949. Hier hat das System der Sammelkandidatur zum ersten Mal Schiffbruch erlitten.

Mit 855000 Stimmen steht die SPD in Hessen weitaus an der Spitze aller Parteien. Ein Vergleich mit den Landtagswahlen von 1950 ist abwegig, da gerade bei Kommunalwahlen oft örtliche Einflüsse den Ausschlag geben. Ein Großteil der Wähler, die sich für die sogenannten freien Wahlgemeinschaften entschieden, dürfte bei Landtags- und Bundestagswahlen, wenn es sich um Probleme der Bundespolitik handelt, für die Opposition stimmen.

Die hessische CDU profitierte mit 44000 Stimmengewinn (im Vergleich zu den Landtagswahlen 1950) von dem unerwarteten Wählerschwund der FDP, die von 588000 Stimmen auf 331000 absank.

Mit 21 Prozent steht sie nun an zweiter Stelle. Der hessischen FDP unter der Führung von Martin Euler kam ihr Kokettieren mit den Rechtsradikalen teuer zu stehen. Ihre scharfmacherische Haltung in der Frage der Sozialisierung war ein weiterer Grund für die Niederlage. Mit großer Mehrheit hatte seinerzeit in einer Volksabstimmung die hessische Bevölkerung den so heftig umstrittenen Sozialisierungsparagraphen in die Verfassung aufgenommen. Ihr Eifer, den Volkswillen nicht zu respektieren, dürfte durch den Wahlausgang wesentlich gedämpft worden sein.

Mit hochgespannten Erwartungen ging die Deutsche Partei des Bundesministers Hellwege in den Wahlkampf. Hessen sollte der Probe-fall für die Ausweitung dieser Partei auf Bundesebene sein. Der Versuch verlief kläglich. Trotz allerhöchster, persönlicher Unterstützung der Bundesminister Seehofer und Hellwege bekannten sich nur 60000 Wähler - 2,7 Prozent - zur DP. Die Wahlpropaganda dieser Regierungspartei überschritt in vielen Fällen die Grenzen des gerade noch im demokratischen Rahmen Erlaubbaren. Sie schlug offene, halbfaschistische Töne an und stellte als Kandidaten frühere NS-Gauleiter, -Bürgermeister und andere ehemals hohe NS-Funktionäre auf. Der gesunde Sinn der hessischen Bevölkerung verweigerte diesen Hasardeuren, die durch ihre politische Vergangenheit so viel Schuld auf sich geladen haben, das Wiederauftauchen in das öffentliche Leben - eine der erfreulichsten Erscheinungen dieses Wahlkampfes.

Der BHE trat erstmalig in Hessen als geschlossene politische Gruppe in Erscheinung. Sein Erfolg, er wurde mit 209000 Stimmen die viertgrößte Partei - ist wohl darauf zurückzuführen, daß seine Führung es vermied, ein kompromittierendes Bündnis mit den ramponierten Bonner Koalitionsparteien einzugehen. Mit ihm ist eine neue politische Kraft in viele hessische Gemeinden eingezogen, mit der zu rechnen sein wird. Die für den hessischen BHE abgegebenen Stimmen sind ein Votum gegen Bonn und ein Protest gegen eine Politik, deren soziale Auswirkungen gerade die Ostvertriebenen mit am bittersten zu fühlen bekommen.

Der Verlust an Vertrauen zur Adenauer-Regierung und die wachsende Stärke der sozialdemokratischen Opposition drückt sich auch bei der Bundestagsnachwahl im Kreise Segeberg-Neumünster in Schleswig-Holstein aus. Bei völlig anders gearteten politischen Verhältnissen stieg der sozialdemokratische Prozentanteil an abgegebenen Stimmen im Vergleich zu 1949 um zwei Prozent. Von den rund 59000 Stimmen, die die Wahlblock-Parteien 1949 erhielten, vermochten sie nur noch 29000 zu halten. Nur durch Zusammenschluß von CDU, FDP und DP, die sich hier sonst bitter in den Haaren liegen, war die Wahl Bartrams (seinerzeit wegen Unfähigkeit von der CDU als Ministerpräsident abgesetzt) möglich. Auffallend ist hier der ungewöhnlich hohe Stimmenzuwachs der SRP, freilich mehr der Niederschlag von Verzweiflung über das völlige Versagen der Kieler und Bonner Bürgerblock-Koalition in der Bekämpfung der besonderen Not Schleswig-Holsteins als nüchterne politische Überlegung. Der BHE von Schleswig-Holstein hatte sein Bündnis mit diesen Parteien mit einem 25prozentigen Wählerverlust zu büßen.

Deutsche Mädchen gehen stempeln

B.C. - London

Fräulein Gerda Knoth aus Bielefeld läßt sich auf dem deutschen Konsulat in London einen Bundespaß ausstellen. Sie will nach Hause. Vor zweieinhalb Jahren kam sie nach England, noch mit einem provisorischen Reisepaß der Militärregierung, um in einer "mill", d.h. einer Textilfabrik in Oldham, Lancashire, als Weberin zu arbeiten.

Im Gegensatz zu den italienischen Bergarbeitern, die die englischen und schottischen Kumpels nicht in den Kohlenpütts arbeiten lassen wollten, wurden Gerda und ihre Kolleginnen aus Deutschland und Österreich, aus Italien und den baltischen Ländern von den Baumwollarbeiterinnen sehr herzlich aufgenommen und nicht nur am Webstuhl, sondern auch in den Familien willkommen geheißen. Der Lohn war nicht schlecht: Im Durchschnitt verdiente die voll ausgebildete Weberin etwa sieben Pfund die Woche (rund 82,-M) brutto, wovon fünf Shilling Nationalversicherung und, für die Ledige, etwa zwölf Shilling Steuer abgingen. Fast alle Mädchen sind in guten, sauberen Heimen untergebracht, meist zwei bis drei in einem Zimmer, und zahlen dort 35 Shilling je Woche einschließlich Frühstück und (warmem) Abendessen. Im Akkord und mit Überstunden konnten sie bis zu zwölf Pfund je Woche verdienen. "So gut ist es den meisten von uns noch nie gegangen", meint Gerda, "noch bis letzte Weihnachten konnte ich jede Woche zwei Pfund sparen und nach Hause schicken".

Das war das Bild im Zeichen der Vollbeschäftigung unter der Labour-Regierung. - Dann kam im Herbst 1951 die neue Regierung der Konservativen, und schon kurz nach Weihnachten begann eine "mill" nach der anderen kurz zu arbeiten. Gerda und ihre beiden Freundinnen, Anita aus München und Gertrud aus Wien, arbeiteten durch Januar und Februar nur drei Tage in der Woche, bekamen dafür 33 Shilling netto und außerdem vom Arbeitsamt 14 Shilling Unterstützung für die drei "Stempeltage".

Anfang März nahm dann ihre "mill" die ersten Entlassungen vor, und da nach dem alten britischen Gewerkschaftsprinzip "zuletzt herein, zuerst hinaus" die Ausländer mit darunterfielen, waren Gerda, Anita und Gertrud plötzlich auf der Straße. Das Arbeitsamt gab ihnen zwar die volle Unterstützung von 26 Shilling zuzüglich einer Steuer-rückzahlung von 14 Shilling je Woche, konnte aber im Augenblick

keine andere Arbeit für die Mädels finden, da Oldham und Umgebung fast ausschließlich von Baumwolle leben.

Nach Angaben des Konsulats sind bisher etwa 28 bis 30 Weberinnen in die Bundesrepublik zurückgekehrt. Merkwürdigerweise ist man bei der deutschen Dienststelle in London über die bedrohliche Lage in Lancashire nicht gut unterrichtet, da ohne "besonderen Auftrag" der sonst sehr tüchtige Sozialreferent nicht nach Lancashire reisen kann, weil "für reine Routinezwecke dieser Art keine finanziellen Mittel freigestellt werden können" (für Reisen der Geschäftsleute aber sind anscheinend reichlich Mittel vorhanden). Es scheint da eine Sparsamkeit am falschen Platz der Bundesbehörden vorzuliegen. Der Sozialreferent hat nicht nur die tausend Weberinnen in Lancashire zu betreuen, sondern insgesamt über 20000 deutsche Mädchen, die im ganzen Lande in Krankenhäusern, Papierfabriken und im Haushalt arbeiten. Dazu kommen noch mindestens 15000 Männer, zumeist ehemalige Kriegsgefangene, die zum größten Teil in der Landwirtschaft beschäftigt sind.

Immerhin sind die zuständigen britischen Stellen in der gegenwärtigen Notlage äußerst hilfsbereit. Die ursprünglich festgesetzte Bedingung, daß die ausländischen Arbeitskräfte die ersten vier Jahre lang für jeden Arbeitswechsel außerhalb des Industriezweiges, für den sie herüberkamen, eine Sondergenehmigung des Arbeitsministeriums haben müssen, ist fallengelassen worden.

Der Generalsekretär des Weberverbandes, Andrew Maesmith, erklärte, daß die britischen Textilarbeiter sich mit den ausländischen Kollegen vollkommen solidarisch fühlen und keineswegs darauf bestünden, daß sie "nach Hause geschickt" werden sollten. Wer die volle Versicherungsrate gezahlt habe und Mitglied der Gewerkschaft sei, hätte jeden Anspruch auf volle Unterstützung und auf die erste freiwerdende Arbeitsstelle, ganz gleich wo er oder sie herkäme - das sei ein unverrückbares Prinzip, von dem sich die organisierte Textilarbeiterschaft - die älteste gewerkschaftliche Organisation der Welt - durch nichts abbringen lasse.

Von insgesamt 317000 normal Beschäftigten der Baumwollindustrie in Lancashire sind heute schätzungsweise 90000 erwerbslos, während fast alle übrigen kurz arbeiten.

Verbot des Namens "Sozialdemokratische Aktion"

W.P. Mit der Entscheidung des Gerichts in der Hauptverhandlung am 30. April 1952 in Frankfurt am Main wurde der Klage des Vorstandes der SPD gegen die "Sozialdemokratische Aktion" stattgegeben. Der Beklagten wurde untersagt, sich "Sozialdemokratische Aktion" zu nennen oder den Namen "Sozialdemokrat" oder "sozialdemokratisch" zu führen. Der Klage war eine einstweilige Verfügung vorausgegangen, die die Namensführung "Sozialdemokratische Aktion" seit dem 22. September 1951 verbietet und diese Organisation veranlaßte, sich in "Sozialistische Aktion" umzubenennen.

Dem Vorstand der SPD kam es im August 1951 mit dem Antrag auf Erwirkung einer einstweiligen Verfügung vor allem darauf an, sowohl die geradezu betrügerische Tätigkeit der Beauftragten der "Sozialdemokratischen Aktion", die in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken versuchten, als handelten sie im Auftrage der SPD, zu verhindern und den ständigen Namensmißbrauch, der in der Herausgabe eines "Zentralorgans der Sozialdemokratischen Aktion" gesehen werden mußte, zu unterbinden.

Obwohl bekannt ist, daß die "Sozialdemokratische Aktion" ausschließlich aus Kommunisten, aus der Sowjetzone abgestellten Stalinisten und wegen kommunistischer Betätigung ausgeschlossenen ehemaligen SPD-Mitgliedern besteht, versuchte sie die Wahrheit der Behauptung zu bestreiten, sie sei eine Tarnorganisation. Das gelang ihr aber nicht. Abgesehen davon, daß das hessische Innenministerium und die Bundesregierung die "Sozialdemokratische Aktion" bereits 1950 bzw. 1951 unter den kommunistischen Tarnorganisationen aufführten, lag dem Gericht eine eidesstattliche Versicherung des Inhalts vor, daß das damalige führende Mitglied der "Westabteilung der SED", Karl Schirdewan, in Anwesenheit der bekannten Kommunisten aus dem Frankfurter KP-Vorstand, Buchmann und Luise Schenk, am 30. Mai 1951 von Kuper, dem "Chef" der SDA, und anderen führenden Leuten der Organisation die Umbesetzung des Sekretariats forderte. Der Unterzeichner der eidesstattlichen Versicherung nahm als Sekretariatsmitglied ebenfalls an dieser Besprechung teil.

Die Existenz dieser kommunistischen Hilfsorganisation geht auf die sogenannten "47 Thesen" zum Weimarer KP-Parteitag zurück. Diese Thesen enthalten das "Aktionsprogramm" der KP und sind im Politbüro der SED ausgearbeitet worden. Sie sind den berühmten Lenin'schen "Aprilthesen" vergleichbar, in denen dieser die "Anweisungen zur Herbeiführung der bolschewistischen Revolution" gab. In den KP-Thesen bildet das Kapitel "Aktionseinheit" den wohl wichtigsten Abschnitt. Seit die KP dazu übergang, Mitglieder auszuschließen, die nicht bereit sind, den Versuch zu machen, mit den sozialdemokratischen Arbeitern ins Gespräch zu kommen, nehmen die betrügerischen Machenschaften der Beauftragten der SDA an Umfang zu. Man scheute sich nicht, Mitglieder der SPD aufzufordern, "Entscheidungen der Partei" zu unterzeichnen und an "Konferenzen der Partei" teilzunehmen, die in Wirklichkeit eindeutig kommunistischen Ursprungs waren. Mit dem Gerichtsurteil vom 30. April ist die SPD einen großen Schritt auf dem Wege weitergekommen, die Irreführung der Öffentlichkeit durch Namensmißbrauch gänzlich zu verhindern.

Wenn es noch Zweifel gegeben haben sollte, ob die "Sozialistische Aktion" eine kommunistische Tarnorganisation ist, dann dürften diese durch die Begründung zerstreut werden, mit der Kuper in diesen Tagen einer Aufforderung, vor Gericht zu erscheinen, nicht nachkam: Er begäbe sich zu einem Ferienaufenthalt in die Sowjet-Union. Niemand wird glauben wollen, daß die Sowjets ausgerechnet einem Sozialdemokraten einen "Ferienaufenthalt" gewährten, es sei denn in einem ihrer zahllosen sibirischen Lager. Aber dafür begibt man sich nicht freiwillig.

+ + +

Lastenausgleich christlich-sozial ?

Stil: Heike

(sp) Die seit Monaten andauernde Auseinandersetzung um den sich immer mehr zu einem Labyrinth von Verschachtelungen und komplizierten Berechnungen auswachsenden Lastenausgleich wird nun durch die am 6. Mai beginnende zweite Lesung des Gesetzentwurfs ihren Ausklang im Bundestag finden. Da eine Vermögensumschichtung als logische Folge des gemeinsam verlorenen Krieges unterblieben ist, wurde ein gerechter Lastenausgleich für die Heimatvertriebenen von vornherein illusorisch und alle später unternommenen Versuche selbst der einsichtsvollen Kreise waren zwangsläufig zu Stückwerk verurteilt. Bei dem

sozialen Unverständnis der Parteien der Bonner Regierungskoalition
übrigens eine völlig hoffnungslose Angelegenheit.

Dieses Erkenntnis ist von den Heimatvertriebenen, die am Sonntag
in Bonn in einer Zahl von etwa 40000 Personen für einen gerechten
Lastenausgleich demonstrierten, durch Transparente und Zurufe deut-
lich zum Ausdruck gekommen. Denn wenn ein, künstlerisch übrigens
recht ansprechendes Transparent, unter der anklagenden Frage "Christ-
lich-sozial?" an einem Kreuz hängend zwei durch Selbstmord geendete
Vertriebene zeigt, so konnte die soziale Haltung der "christlichen"
Mehrheit in Bonn kaum treffender gekennzeichnet werden.

So sehr sich auch der Vorsitzende des Bundes vertriebener Deut-
scher, Abg. Dr. Kather von der CDU, bemühte, in seiner Rede die Unzu-
friedenheit der Flüchtlinge auf die SPD abzuleiten, die stürmischen
Zwischenrufe, die erklangen und ihn wiederholt am Weitersprechen hin-
derten, wenn er auch nur andeutungsweise die CDU erwähnte, haben kei-
nen Zweifel darüber gelassen, wie die Flüchtlinge über die Partei
Dr. Kathers denken. Allzu deutlich war die Stimmung unter den Ver-
triebenen an jenem Transparent einer Kreisgruppe des Landesverbandes
Rheinland-Pfalz zu erkennen, wo es drohend heißt: "Potsdam ist Not,
wollt ihr uns rot?" Oder "Sieben Jahre Geduld - wollt ihr Tumult?"

Wenn die Kundgebung trotzdem ohne Zwischenfälle verlief, so ist
das ausschließlich der Selbstdisziplin und Besonnenheit der Demon-
stranten zu verdanken. Denn wenn von der Versammlungsleitung am
Schluß ausdrücklich zum Gesang der ersten Strophe des Deutschland-
liedes aufgefordert wurde und diese nationalistische Exkursion von
den Versammelten aus eigener Initiative durch Hinzufügung der dritten
Strophe beschwichtigend ergänzt wurde, so kann darin zweierlei er-
blickt werden: Auf der einen Seite der Versuch der BvD-Leitung, die
nationalistischen Instinkte wachzurufen, auf der anderen aber Beson-
nenheit und Gemeinschaftssinn als Ausdruck der Einstellung der Masse
der Vertriebenen.

Wieder "Deutschland über alles"

(sp) Der Bundespräsident hat in einem Brief an den Bundeskanzler dem wachsenden Druck der Bundesregierung nachgegeben und das Deutschland-Lied Hoffmann-Haydns, das Hitler zum Vorspann des Horst-Wessel-Liedes degradierte, wieder zur National-Hymne erhoben. Dazu ist er nach der Verfassung berechtigt. Wir haben von seiner Entscheidung Kenntnis genommen. Man muß ihm zugestehen, daß er vergeblich versuchte, dem Nachkriegs-Deutschland eine unbelastete neue National-Hymne zu geben. Nun aber werden in weiten Kreisen des deutschen Volkes und noch mehr des Auslandes unangenehmste Erinnerungen wachgerufen. Wir werden ihre Wirkung noch zu spüren bekommen.

Diese durch Kabinett und Kanzler erwirkte Entscheidung versucht der Bundespräsident durch zwei Wünsche, anknüpfend an die Schwarz-Rot-Goldene Tradition des Textdichters, erträglicher zu machen: Durch den Wunsch, daß sich alle, die künftig das Lied singen, dieser Tradition erinnern und sich zugleich zu ihr bekennen. Wie sehr dem Bundespräsidenten Zurückhaltung angebracht erscheint, zeigt sein Verzicht auf eine "feierliche Proklamation", da er mit sich selbst im Reinen bleiben möchte. Alle Pathetik und Dramatisierung ist ihm unerwünscht.

Im Widerspruch zu diesen Wünschen des Bundespräsidenten suchte man in der Bundesregierung für die feierliche, pathetische Proklamation des Liedes einen geeigneten Anlaß zu finden. Die Rückgabe Helgolands schien solch ein Anlaß, doch der Bundespräsident war dem Plan nicht hold. Nun versuchte man, den Tag der Verkündung des Generalvertrages zum feierlichen Anlaß der Proklamation zu nehmen; insbesondere Staatssekretär Lenz fühlte sich berechtigt, entgegen den Wünschen des Bundespräsidenten, diesen Tag für besonders geeignet zu halten. Der Regierung fehlt anscheinend das Gefühl für den Hohn auf das deutsche Volk, der in dieser Verbindung zum Ausdruck käme.

Adenauer hat seit langem auf die Wiedereinführung des Deutschland-Liedes gedrängt. Bekannt ist der Vorfall Berlin, wo Adenauer den Bundespräsidenten in öffentlicher Kundgebung zu überspielen und das Deutschland-Lied von sich aus zu kreieren versuchte. Er hätte es gern zur Partei-Hymne erhoben. Es mag ihm auch schwer am Herzen gelegen haben, daß er nach seinen Pyrrhus-Siegen in den Bundestags-Debatten um Montan-Union und Wehrbeitrag auf den feierlichen Abschluß mit Gesang verzichten mußte. Vielleicht hätte er hier die Opposition, wenn schon nicht zur Zustimmung, so doch zum Mitsingen zwingen können und hier würde das Deutschland-Lied zwangsläufig zur Siegeshymne seiner Partei geworden sein.

Taktgefühl gegenüber den Opfern des deutschen Nationalismus und Nationalsozialismus im In- und Ausland ist der gegenwärtigen Regierung immer fremd gewesen. Das beweist die Besetzung des auswärtigen Amtes unter Verantwortung des Bundeskanzlers ebenso wie diese unzeitgemäße Entscheidung. Wenn die deutsche Bevölkerung, insbesondere im Osten, damit in Gewissenskonflikte gerät, der ideologische Spalt zwischen Ost und West sich vertieft, wenn die deutsche Position im Ausland durch Weckung alter Ressentiments geschwächt wird, dann gibt es nur einen Verantwortlichen dafür, den Bundeskanzler.

Und gerade dieser Bundeskanzler hat nicht die deutsche Einheit in Freiheit erreicht. "Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland" scheint uns nach seiner Politik in weitere Ferne gerückt, und gleich diesem "Unterpfand" fehlt uns in seiner Politik auch das Glück einer weitgehenden sozialen und wirtschaftlichen Sicherheit, die geeignet wäre, die Einheit in Freiheit zu fördern.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau